

**Vorbereitet sein – und bleiben**

**Neues Denken in der Flüchtlingspolitik – Menschlich, ganzheitlich, vorausschauend**

**Was jetzt in der Flüchtlingspolitik zu tun ist**

### **1. Flucht und Migration ist eine Daueraufgabe: Strukturen statt Stress schaffen**

Manchmal kann Politik ganz einfach sein: Sollen neue Schulen oder Straßen gebaut werden, braucht es Geld und für die Ehe für Alle braucht es eine mutige Debatte und ein Votum des Bundestags. Anders verhält es sich bei der Frage, wie die immer noch großen Fluchtbewegungen fair und planbar zu bewältigen sind.

Flucht lässt sich nicht „aussitzen“ oder gar aussperren. Fluchtbewegungen machen keine Pause. Migration ist nächstes Jahr nicht „fertig“ und Versäumnisse in der Integration lassen sich nur schwer wieder aufholen. Zwei Jahre nachdem in den Jahren 2015 und 2016 in relativ kurzer Zeit über eine Millionen Menschen nach Deutschland kamen, wissen wir: Weltweit sind weiterhin 65 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Vertreibung oder der Klimakrise. Die Zahl derjenigen, die Europa in Italien und Griechenland erreichen, führt dazu, dass sich vor unseren Augen die Fehler wiederholen, die vor zwei Jahren das Dublin-System in Europa ad absurdum geführt haben. 2015 wäre die Aufgabe ohne die vielen hunderttausend Menschen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagiert haben, nur schwer zu bewältigen gewesen. Aus Fehlern kann man lernen. Flucht und Migration werden uns in den nächsten Jahren begleiten. Fluchtbewegungen dürfen Deutschland aber nicht mehr überraschen. Einfache Antworten scheinen dabei verführerisch, doch werden sie immer von der Realität, von Globalisierung und Klimakrise widerlegt. Auf Flucht kann man vorbereitet sein. Dazu braucht es Durchsetzungsvermögen für eine europäische Asylpolitik, professionelle Strukturen und Verfahren für ankommende Geflüchtete sowie deren Integration. Ein Einwanderungsgesetz, das Menschen den legalen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht, ist längst überfällig.

### **2. Auf Flüchtlinge vorbereitet sein: Anpacken statt Aussitzen**

Es ist nicht akzeptabel, dass tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken und es ist auch nicht akzeptabel, dass sich Deutschland Erdogans Türkei ausliefert. Wenn wir handeln und vorbereitet sein wollen, braucht es ein neues, ein anderes Nachdenken über den Umgang mit Geflüchteten. Kein einzelner neuer Vertrag wird die Situation der Geflüchteten schlagartig verbessern oder die Gründe für Flucht entfallen lassen. Doch Deutschland muss im Inneren dauerhaft besser auf Fluchtbewegungen eingestellt sein und kann sich im Äußern stärker für Flüchtlinge engagieren.

Der Schlüssel zum Verständnis von Flucht liegt in der Erkenntnis: Jede Entscheidung zu fliehen, ist persönlich und keine Flucht komplett freiwillig – das heißt: Menschen brauchen Alternativen zur Flucht. So persönlich wie die Fluchtgründe müssen die Handlungsalternativen sein, wenn sie den Einzelnen erfolgreich erreichen sollen.

Die Bilanz der Bundesregierung im Umgang mit Flucht ist nach dem Herbst 2015 ernüchternd. Die vergangenen 18 Monate hat die Große Koalition nicht genutzt. Sie ist mit ihrer Flüchtlingspolitik gescheitert: Strukturell ist die Unterbringung immer noch Sache von Kommunen, die vor Ort allein gelassen werden. Ohne die vielen Ehrenamtlichen und Engagierten würden Unterbringung und Integration nicht funktionieren. Auf Bundesebene ist die Qualität der Asylverfahren vielfach katastrophal und das Integrationsgesetz hat wenig für die Integration geleistet. Nicht der individuelle Fall entscheidet über den Ausgang der Verfahren, sondern das Herkunftsland. Das Asylrecht wurde unterminiert, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ist blockiert. Familienzusammenführungen wurden erschwert und Integration damit gehemmt. Außenpolitisch hat die Bundesregierung lediglich versucht, nach dem schlechten Vorbild des Türkei-Abkommens Verträge mit Staaten zu schließen, die letztlich dazu dienen, Schutzsuchende abzuwehren. Gegenüber Hilferufen aus Italien stellt sich die Große Koalition taub – auch das erinnert fatal an die Jahre vor 2015. Kurz: Sollte die Zahl von Flüchtlingen in Deutschland wieder steigen, sind in der Politik der Großen Koalition alle Zutaten vorhanden, die ein Organisationschaos der Bundesregierung nach dem Muster von 2015 jederzeit wiederholbar erscheinen lassen.

Wir Grüne verstehen Flucht und Migration als Daueraufgabe. Auf diese Herausforderung muss Deutschland verlässlich reagieren: Im Inneren mit dauerhaft tragenden Strukturen, ausreichend Personal und effizienten Verfahren. Im Äußeren mit mehr Engagement, um Geflüchteten auf dem langen Weg nach Europa auch jenseits einer Flucht nach Deutschland Alternativen anzubieten.

Flucht ist ein komplexes Geschehen – und so kann die Antwort darauf auch nicht nur eine Einzelmaßnahme sein. Wir müssen jetzt an vielen Stellen mehr tun, um Flüchtlingen zu helfen und zugleich unser Land mitzunehmen.

## **2.1. Sichere Wege, gute Versorgung, faire Verteilung – Unsere außenpolitischen Maßnahmen**

- **Kontingente schaffen:** Angesichts des anhaltenden Massensterbens im Mittelmeer und der Situation in Italien braucht es großzügige, langfristige und glaubwürdige Aufnahmekontingente - ein klares und beruhigendes Signal an die Geflüchteten, dass eine reale Chance auf Aufnahme in Europa besteht – jenseits der lebensgefährlichen Flucht über das Mittelmeer oder die Ägäis. Formen einer aktiven Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wie etwa das sogenannte Resettlement des UNHCR schützen Menschen vor unsicheren Fluchtrouten und beenden das Handwerk krimineller Schlepperbanden. Sie schaffen Verlässlichkeit – für die Geflüchteten, aber auch für die aufnehmenden Länder. Dabei können Menschen auf der Flucht über feste Kontingente in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und in Deutschland Asyl beantragen. Der faire Anteil Deutschlands wird sich an dem vom UNHCR errechneten Bedarf ausrichten. Die Möglichkeit zur spontanen Flucht bleibt davon unberührt, doch wird diese weniger attraktiv, wenn es das Angebot legaler Wege gibt. An die Stelle großer Schwankungen bei den Flüchtlingszahlen könnte ein geregelter Zugang treten, der für Kommunen und Länder besser planbar wäre.

- **UN-Pakt zu Flucht und Migration:** Die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen lassen sich nur in einer gemeinsamen Anstrengung vieler Länder bewältigen. In einem UN-Pakt zu Flucht und Migration (UN-Compacts on Refugees and Migration) sollen die Mitgliedsländer

den Umgang mit und die Verteilung der Geflüchteten vertraglich festlegen. Deutschland muss sich dafür einsetzen, die Ausarbeitung dieses Flüchtlings-Paktes voranzutreiben. Dafür muss Schluss sein mit der Lebenslüge, dass Abschottung doch irgendwie gelingen könnte.

- **Flüchtlingsfonds einrichten:** Die UN-Mitgliedsstaaten sollten in einen gemeinsamen Fonds einzahlen. Im Bedarfsfall kann so die Flüchtlingsunterbringung insbesondere in den Anrainerstaaten besser finanziert werden. Außerdem sollte die Bundesregierung dahin wirken, dass möglichst alle UN-Mitgliedsstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention beitreten und eine größere Bereitschaft im Rahmen des Resettlement-Verfahrens hergestellt wird.

- **Transitländer unterstützen:** Viele Flüchtlinge suchen Schutz in ihren Nachbarländern. Das stellt diese Staaten vor große Herausforderungen, etwa in Hinblick auf Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, aber auch in Bezug darauf ihnen Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen. Diese Länder brauchen stärker als bisher unsere Unterstützung. Deutschland muss dafür verlässlich mehr finanzielle Mittel bereitstellen und deren Verbleib auch kontrollieren.

- **Entwicklungszusammenarbeit ausbauen:** Fluchtbewegungen lassen sich auch durch sinnvolle Maßnahmen in den Erstaufnahmeländern beeinflussen. Tatsächlich wollen viele Flüchtlinge in den Nachbarregionen ihres Herkunftslandes bleiben - um schneller zurückkehren zu können, den Kontakt zu Familien und Verwandten aufrechterhalten zu können. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll und geboten, diese Erstaufnahmeländer darin zu unterstützen, menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu gewährleisten - und den Flüchtlingen damit auch eine Integrationsperspektive in diesem Transitland anzubieten. Zudem bedarf es in den betreffenden Ländern der Schaffung eines nationalen Flüchtlingsrechts. Darüber hinaus wird die Schaffung sozialer Rahmenbedingungen zur Integration von Flüchtlingen benötigt (wie z. B. Schul- und Sprachbildung sowie Arbeitsmarktzugang und - sofern vorhanden - Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherungssysteme).

- **EU-Initiative zur Verteilung von Geflüchteten:** Derzeit gibt es eine Blockade der gemeinsamen Flüchtlingspolitik durch nationalistische Regierungen einiger Mitgliedstaaten. Doch nationale Alleingänge und militärische Abschottungspolitik im Bereich der europäischen Flüchtlingspolitik sind seit 20 Jahren immer wieder gescheitert und sie sind sogar rechtswidrig und müssen Strafzahlungen nach sich ziehen. Europa muss wieder mit einer Stimme sprechen. Das zu erreichen, wird dauern. Bis dahin sehen wir zwei Handlungsansätze: Zum einen werden diese Länder finanzielle Kompensation leisten müssen – also die finanziellen Mehraufwendungen der anderen Mitgliedstaaten mittragen. Und zum anderen muss klar sein: In dieser Zwischenphase dürfen diese Länder das Agieren fortschrittlicher Mitgliedstaaten ebenso wenig blockieren, wie die notwendige Suche nach einer langfristig, stabilen Regelung zur Verantwortungsteilung innerhalb der EU.

## **2.2. Faire Verfahren, Integration ab Tag eins, Einwanderung gestalten - Unsere innenpolitische Maßnahmen:**

- **Schnelle und faire Asylverfahren** liegen im Interesse aller. So wissen Geflüchtete schnell, ob sie in Deutschland Schutz genießen oder das Land wieder verlassen müssen. Dafür haben wir das *Fast & Fair-Verfahren* vorgeschlagen: Eine unabhängige und realistische Rechtsberatung wird dabei zum Dreh- und Angelpunkt eines effizienten und rechtsstaatlichen Asylverfahrens, bei dem Geflüchtete binnen weniger Wochen eine Entscheidung erhalten. Damit haben lange Wartezeiten für Asylsuchende endlich ein Ende und die Vielzahl der Klageverfahren, die derzeit bei den Gerichten liegen, ließe sich durch qualitativ hochwertige Entscheidungen vermeiden.

- **Rückführungen unter dem Primat der freiwilligen Rückkehr** ermöglichen. Nicht jeder, der zu uns kommt, wird in Deutschland bleiben können, aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung. Jede Abschiebung ist mit großen menschlichen Härten verbunden und übrigens auch mit immensen Kosten. Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keine weiteren Gründe, die eine Rückkehr ausschließen (wie gute Integration, Krankheit oder familiäre Situation), hat für uns die Unterstützung der **freiwilligen Rückkehr Vorrang vor Abschiebungen. Menschen dürfen nicht zur freiwilligen Rückkehr gedrängt werden, aber für viele bietet die Option auch Vorteile, wenn klare Perspektiven geboten werden.** Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie nach Afghanistan sind für uns inakzeptabel

- **Integration von Tag eins:** Sprache, Arbeit, Bildung: Das sind die drei Säulen einer zukunftsfähigen Integrationspolitik. Wer hier ankommt, braucht Sprach- und Integrationskurse, vom ersten Tag an. Wir müssen für eine qualitativ **hochwertige Sprachförderung** sorgen, die darauf zielt, Menschen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Wir werden ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen. Flüchtlingen wie Flüchtlingshelfern fehlt es sowohl auf kommunaler wie auf Bundesebene immer noch an zentralen Ansprechpartnern, um ihre konkreten Belange zu verhandeln.

- **Kommunen besser unterstützen:** In den Kommunen entscheidet sich, ob Integration erfolgreich gelingt, ob aus Geflüchteten eines Tages Inländer werden, die sich einbringen. Hier entscheidet sich, ob sie unsere Nachbarn werden oder irgendwo am Stadtrand unter sich wohnen. Oder ob ihre Kinder mit anderen gemeinsam Deutsch, Geschichte und Mathe lernen oder in Sonderklassen. Wir werden **Kommunen und Gemeinden deshalb so stärken**, dass sie gemeinsam mit den Engagierten und den Geflüchteten selbst die Integration voranbringen können etwa durch die Gewährung einer kommunalen Integrationspauschale, die von den Ländern an Städte und Gemeinden zu zahlen ist. Ausländerbehörde, Jobcenter bzw. die Bundesagentur für Arbeit und das Sozialamt sollen die Neuankommenden aus einer Hand beraten. Stärkung der Kommunen geht nur über Entlastung vom bürokratischen Aufwand des Asylbewerberleistungsgesetzes, durch bundesweite Einführung der Gesundheitskarte, durch mehr Sprachförderung durch den Bund und durch die Abschaffung des Kooperationsverbotes.

- Integrationsleistungen sind bei der Aufenthaltssicherung stärker zu berücksichtigen. Es muss ein **verlässliches Bleiberecht** während und nach der Ausbildung gewährleistet werden. Wir werden die sogenannte „Bleibeperspektive“ als Grundlage der Integrationspolitik abschaffen.

- **Einwanderungsgesetz einführen:** In einem offenen Europa und einer globalisierten Welt ist Arbeitsmigration eine Realität. Damit Menschen nicht fälschlich in das Asylsystem drängen, brauchen wir ein verbindliches Angebot durch ein modernes Einwanderungsgesetz. Es hilft Fachkräftelücken zu schließen und hat Bedarf und Interessen unseres Landes genauso im Blick wie die der Einwandernden. Mit einer „**Talentkarte**“ sollen sich gut qualifizierte Fachkräfte binnen eines Jahres in Deutschland einen Job suchen können. Wie viele Talentkarten vergeben werden, entscheidet jedes Jahr eine Einwanderungskommission.

### 3. Flüchtlingsintegration in Deutschland

Wie wir in Deutschland mit geflüchteten Menschen umgehen, bleibt ein zentrales gesellschaftliches Thema. Es ist ein europäisches Thema, ein humanitäres und ein organisatorisches. Natürlich wird nicht jede und jeder, die es nach Europa und Deutschland geschafft haben, bleiben können. Doch Lageeinschätzungen eines Landes dürfen nicht innenpolitischen Vorgaben folgen, wie bei Afghanistan geschehen. Was wir brauchen, ist ein realistischer, humanitärer, rechtssicherer Plan, der weder das Asylrecht aushebelt, noch Probleme aussitzt oder ignoriert.

Bund, Länder und Kommunen sind weiterhin mit den Fragen nach ausreichendem Wohnraum und der Unterbringung von Geflüchteten, Bleibeperspektiven und freiwilliger Rückkehr und Abschiebungen beschäftigt; mit fehlenden Schnittstellen bei der Integration, fehlenden Lehrkräften an Schulen, langwierigen Asylverfahren und auch mit Kriminalität.

Die Arbeit mit Flüchtlingen braucht Struktur, Personal und finanzielle Mittel. Sie müssen bereitstehen, damit Flucht uns nicht noch einmal überraschen kann. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Als Grüne warnen wir deshalb davor, wenn der Staat diese Fähigkeiten zurückbaut. Denn eine Erfahrung von 2015 ist, dass Deutschland dauerhaft die Fähigkeit haben muss, in kurzer Zeit eine große Zahl von Asylverfahren schnell und fair zu bearbeiten. Denn das schafft schnell Klarheit, wer ein Recht auf Schutz hat und wer nicht bleiben kann. Die Alternativen, die dabei debattiert werden, sind keine. Flüchtlinge haben zu Recht Rechte. Deutschland ist ein Rechtsstaat. Darauf sind wir stolz und das unterscheidet uns von Ländern wie der Türkei, die es mit Menschenrechten nicht mehr genau nehmen wollen.

### 4. Mit Geflüchteten leben

Die Erfahrung aus 2015 zeigt: Im Mittelpunkt stehen die einzelnen Menschen. Integration heißt Einzelfallarbeit. In der Praxis zeigen sich dabei wiederkehrende, drängende Fragen: Wie gut funktionieren die Schnittstellen zwischen den beteiligten Verwaltungen und den Geflüchteten? Wie verhalten sich Abschiebung und Integration zueinander? Welche Bedeutung hat die Bleibeperspektive? Und wie gehen wir mit Fragen der Kriminalität von Geflüchteten um?

Kein Asylverfahren ist wie das andere. Immer wieder gibt es viele großartige Beispiele, wie die Integration von Geflüchteten gelungen ist. Dies berichten uns längst nicht nur Geflüchtete. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen und Arbeitgeber, Lehrerinnen und

Erzieher. Diese Beispiele machen uns Mut und geben uns die Gewissheit, das Thema Integration weiter voran zu bringen. An diesen Beispielen können wir uns orientieren.

#### **4.1. Das Geflecht von Zuständigkeiten entwirren**

Verschiedene staatliche und private Stellen beraten und unterstützen Geflüchtete dabei, Wohnungen zu finden, Integrationskurse zu machen oder Arbeit zu finden. Doch diese Vielzahl ist Teil des Problems: sich überschneidende Zuständigkeiten, ein Nebeneinander von Strukturen, unübersichtliche sozial- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen und das Fehlen klarer Schnittstellen zwischen allen Beteiligten – all das behindert Integration.

So ist es für Geflüchtete faktisch unmöglich, schnell hintereinander Sprachkurse bis zum Niveau C1 oder C2 zu belegen. Mal fehlen die Plätze, mal wird die Maßnahme nicht vom Amt getragen. Maßnahmen sind zwischen den verschiedenen Verwaltungen nicht abgestimmt, die Ausbildungsduldung wird in einigen Ländern nur sehr zögerlich erteilt. Deutschland braucht Integrationsvoraussetzungen, die es ermöglichen, dass Flüchtlinge verlässlich ihren Weg gehen. Zu oft bestimmt der Zufall, ob Geflüchtete Unterstützung erhalten oder nicht. Das müssen wir ändern. Hier braucht es zentrale Ansprechpartner. Das vielfältige Engagement jenseits von Verwaltung und Institutionen wird nicht selten benötigt, um sich im Dschungel von Beratung und Ansprüchen oder juristischen Verfahren überhaupt zurecht zu finden. Kapazitäten, die viel besser für Hilfen beim Ankommen und den Aufbau eines gemeinsamen Neuen genutzt werden können. Wir haben gute Erfahrungen mit kommunalen Integrationszentren gemacht, in denen alle Angebote gebündelt werden.

#### **4.2. Straftaten werden bestraft**

Die Frage der Kriminalität ist immer wieder Element gesellschaftlicher Diskussion. Im Mittelpunkt der Debatte steht die Frage, wie wir damit umgehen und welche Konsequenzen folgen, wenn Geflüchtete Straftaten begehen. Wir sagen: Probleme bei der Integration müssen beschrieben und benannt werden, gerade auch, um Mythenbildung und Legenden vorzubeugen. Genau wie wir die Erfolgsgeschichten in ihrer Individualität wahrnehmen, müssen wir auch die Straftaten bewerten. Das heißt für uns: auf Straftaten reagiert der Rechtsstaat. Wo er das nicht tut, muss er besser ausgestattet werden. Gelingen wird das nur mit einer Kultur des Hinschauens. Importierter Antisemitismus und obsoletes Verständnis der Rechte von Frauen sind auch ein Nährboden für strafbares Verhalten. Entscheidend ist, solche Zustände zu überwinden und nicht durch Tabuisierung den Populisten für ihre Agitation zu überlassen.

Integration beginnt für uns an Tag eins. Dazu gehört, gesellschaftliche Werte und Normen zu vermitteln und zu teilen. Grundlage dafür ist das Grundgesetz. Geflüchtete brauchen Perspektiven in Sachen Bildung und Arbeit, diese müssen individuell erarbeitet werden und realistisch sein. Wer monate- oder jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften ohne Sprach- und Integrationskurs wartet, wird auf Dauer immer schwerer erreichbar sein. Faire und effiziente Asylverfahren vermeiden Perspektivlosigkeit und manchmal jahrelanges Wartens. Wird ein Asylantrag abgelehnt, besteht kein Abschiebeschutz und sind die Menschen nicht in Arbeit oder Ausbildung, müssen sie das Land verlassen.

#### **4.3. Abschiebungen versus Integration**

Abschiebung ist das letzte Mittel des Umgangs mit nicht-deutschen Staatsangehörigen. In der Debatte darüber klingt die Formel „Wer kein Aufenthaltsrecht erhält, wird abgeschoben“ verführerisch einfach. Doch sie lässt außer Acht, dass es teils um Menschen geht, die seit Jahren in Deutschland leben, die hier zur Schule gehen oder hier arbeiten.

Die Formel „Ablehnung gleich Ausreise“ blendet Integrationserfolge aus. Das zeigt das Beispiel der abgeschobenen Schülerin Bivsi aus Duisburg nach 14 Jahren. Hier offenbart sich wie komplex diese Fälle sind. Hier geht es nicht um Gesetzeslücken, sondern darum, wie die Familie gehandelt hat: Bivsis Familie hat sich konsequent in Deutschland integriert, sie hat das getan, was von ihr – insbesondere von Seiten der Politik – verlangt wird. Wenn in solchen Fälle dennoch abgeschoben wird, untergräbt die Bundesregierung das Vertrauen, dass sich Integration lohnt.

#### **4.4. Bleibeperspektive – Integration fördern, nicht verweigern**

Mit der sogenannten „Bleibeperspektive“ legen die Behörden fest, ob Asylsuchende an Integrationskursen oder ähnlichen Maßnahmen teilnehmen dürfen. Diese Kategorie ist immer bedeutsamer geworden und führt dazu, dass immer Menschen herabgestuft und ausgeschlossen werden, obwohl das dem Einzelfall nicht gerecht wird. Das hat auch bereits zu Spannungen in den Unterbringungseinrichtungen gesorgt. Zu oft entscheidet dabei in der Praxis einfach das Herkunftsland und nicht die individuelle Situation, ob Menschen eine Chance erhalten. Rund 45% der afghanischen Asylantragstellerinnen und -antragsteller kommen etwa nicht in den Genuss von Integrationsangeboten, obwohl sie aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage in Afghanistan nicht abgeschoben werden und zumindest mittelfristig in Deutschland leben werden. So schaffen wir uns in Deutschland Integrationsprobleme selbst. Wir werden deshalb die Kategorie der „Bleibeperspektive“ als Grundlage für integrationspolitische Entscheidungen abschaffen.

#### **5. Flüchtlingspolitik aus einer Hand**

Flüchtlingspolitik ist eine Daueraufgabe, die wir steuern und gestalten müssen. Doch die Große Koalition verschließt sich dieser Aufgabe. Mit den augenblicklich sinkenden Flüchtlingszahlen in Deutschland haben auch die Anstrengungen der Bundesregierung nachgelassen. Das wird der Flüchtlingssituation, wie wir sie weltweit erleben, nicht gerecht. Ebenso wenig den strukturellen Problemen, die es noch immer bei den Asylverfahren oder der Integration von Geflüchteten gibt. Migration ist in einem offenen Europa und angesichts der Globalisierung eine Realität. Doch die Große Koalition hat es versäumt, darauf eine Antwort zu finden und Einwanderung zeitgemäß gesetzlich zu regeln. Die Union schreibt zwar in ihrem Wahlprogramm, dass sich 2015 nicht wiederholen dürfe. Doch eine Antwort, wie das gehen kann, bleibt sie schuldig.

Deutschland braucht heute eine Flüchtlingspolitik aus einer Hand, die vorbereitet ist und bleibt. Die Schaffung eines Migrations- und Integrationsministeriums wäre eine Chance, diesen Prozess voranzutreiben. Wer, wie die Union vor allem ideologisch auf diese Realität blickt, versperrt sich politischen Lösungsansätzen. Das kann nur scheitern.

Die heutigen Fluchtbewegungen brauchen einen nüchternen Blick – auf Basis der eigenen freiheitlichen Werte von Mitmenschlichkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das gilt auch und gerade in Zeiten des Wahlkampfes. Und noch mehr für eine Zeit, wo um Deutschland herum immer mehr Gesellschaften ideologische Sichtweisen auf die Welt und ihre Komplexität zum Maßstab ihres Handelns machen.

Die weltweiten Fluchtbewegungen sind Realität. Wir sollten dieser Realität ins Auge blicken und mit dem Blick in die Zukunft reagieren. Dazu gehört es, vorbereitet zu sein, Probleme zu erkennen, zu benennen und zu lösen. Dazu gehört es aber auch, sich klar darüber zu sein, dass darin bei allem Leid, bei allen Umbrüchen und Problemen eben auch Chancen liegen. Menschen, die zu uns kommen, sind kein Flüchtlingsproblem, sondern Menschen, die zu uns gehören, manche kürzer, manche länger, manche für immer. Das verändert unsere Gesellschaft. Kulturen, Religionen, Lebensstile werden vielfältiger. Unser Grundgesetz bietet einen guten, vernünftigen und verlässlichen Rahmen. Daraus eine Gesellschaft der Zukunft zu machen, ist die große Aufgabe des nächsten Jahrzehnts. Diese Veränderungen zu gestalten, das Beste daraus zu machen, die Chancen zu ergreifen, das ist eine gute, ja sogar erfreuliche Aufgabe. Integration in unsere Gesellschaft ist deswegen immer auch: gemeinsam Neues zu wagen. Wir werden unsere Errungenschaften – die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Gleichstellung von Homosexuellen und vieles mehr - erklären und verteidigen müssen. Und es wird eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft geben, die Vielfalt als Bereicherung begreift, Gutes bewahrt, voneinander lernt, gemeinsam gestaltet. Wir brauchen Integration, die den Menschen eine Chance auf ein Ankommen in unserem Land gibt. Und ein Einwanderungsrecht, das den Bedarf unseres Landes im Blick hat und Fachkräfte einlädt. Dafür steht GRÜN.